

Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos

Heidi Roth

Der Beginn des Aufstands in Leipzig: »Die Bürger feierten ein Fest ...«

Leipzig – »als größte Stadt der DDR (ca. 605.000 Einwohner) ein Mittelpunkt von Handel, Industrie; Kultur und Kunst Mittel-Deutschlands«, so der »Steckbrief« in einem Lexikon aus dem Jahre 1953. Im Juni selbigen Jahres sollte die Stadt ein besonderes Fest erleben: SED-Chef Walter Ulbricht – »Initiator des 5-Jahr-Plans, Förderer der Jugend und des Sports«¹ – würde am 30. Juni seinen 60. Geburtstag begehen. In seiner Geburtsstadt Leipzig sollten die tagelangen Feierlichkeiten ihren Höhepunkt erreichen. Die Vorbereitungen dazu waren seit Monaten in vollem Gange: ein Tag des Massensports, Eröffnung einer Ulbricht-Ausstellung im Alten Rathaus, seine Ernennung zum Ehrenbürger und schließlich am 30. Juni die Umbenennung des Martin-Luther-Rings auf seinen Namen, abends dann auf dem Karl-Marx-Platz (jetzt wieder Augustusplatz) Huldigung für den Jubilar durch einen Volksaufmarsch. Jedoch, allein Letzteres trat ein, allerdings 13 Tage früher. Da tat das Volk seine wirkliche Meinung kund.

Als am Vormittag des 17. Juni FDJ-Funktionäre in ihrer Leipziger Zentrale in der Ritterstraße über – wie es in der Tagesordnung hieß – »wichtige Fragen: Sport- und Kulturfest« zum Ulbricht-Jubiläum diskutierten, marschierten aufgebrachte Leipziger wenige Meter von ihnen entfernt durch die Innenstadt und forderten die Ablösung des ersten Mannes im SED-Staat. Die Leipziger SED-Führer hatten in den Tagen und Wochen zuvor alle Warnzeichen ignoriert. Paul Fröhlich – seit Ende 1952 Erster SED-Bezirkssekretär – musste später eingestehen, dass es nicht einen Betrieb in Leipzig gegeben hatte, in dem nicht die Forderung nach Ulbrichts Rücktritt gestellt worden war, und das bereits Tage vor dem Aufstand.

Erst in der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1953 waren SED-Funktionäre in vier Leipziger Großbetriebe geschickt worden, um die »tatsächliche Massenstimmung« der Arbeiter und insbesondere der SED-Mitglieder zum »Neuen Kurs« zu erfassen. Noch während die »Analysegruppen« mit der Abfassung ihrer Berichte beschäftigt waren, überschlugen sich die Ereignisse. Meldungen über Arbeitsniederlegung der Nachtschicht im IFA-Getriebewerk Liebertwolkwitz, dem großen VEB in einem südlichen Vorort, erreichten die Leipziger SED-Bezirksleitung und die Diensthabenden der Stasi gegen 3 Uhr nachts, noch bevor sie aus ihren Ost-Berliner Zentralen wenig später auf mögliche »Provokationen« vorbereitet wurden.

Sofort schickte die Stasi drei Mitarbeiter in den Betrieb, um zu verhindern, dass die Frühschicht »negativ« beeinflusst würde. Doch ohne Erfolg: »Trotz aller Aufklärung gelang es nicht, die Arbeiter zu beruhigen«.² Im Gegenteil, die Arbeiter der anschließenden Frühschicht führten den Streik nicht nur weiter, sondern sie zogen kurz vor Mittag auf die Straßen von Liebertwolkwitz, wo sich ihnen sofort Belegschaften umliegender Betriebe

Leipziger Demonstranten erklären sich mit den Streikenden in Berlin solidarisch.

anschlüssen. Losungen wie »Nieder mit der Regierung«, »Nieder mit der VP«, »Weg mit der HO«, »Wir fordern ein besseres Leben« wurden skandiert. Ein Teil des Zuges setzte sich Richtung Innenstadt in Bewegung.

Zur gleichen Zeit wie die Getriebewerker legten Bauarbeiter der Leipziger Bauunion auf einer Baustelle im VEB Nagema in Schkeuditz, einem nordwestlichen Vorort, ihre Arbeit nieder. Die Bauarbeiter richteten über die Telefone der Bauleitung ihre Forderungen an die Direktion: Abschaffung des Leistungslohns, Herstellung des Lebensstandards von 1938, Lohn-erhöhungen und Rücktritt der Regierung. Das konnte ihr Chef ihnen schwerlich zusichern. Seine Versuche, die Streikenden zu »beruhigen«, gingen in der Empörung unter. Daraufhin riefen die Bauarbeiter die Belegschaft des VEB Nagema zum Anschluss an ihre Proteste auf.

Um die Mittagszeit vereinigten sich die Belegschaften von 26 Schkeuditzer Betrieben und Einrichtungen auf dem Platz des Friedens (Markt) zu einer Kundgebung. Es sollen ca. 5000 Menschen gewesen sein. Der »Wortführer«, ein 46-jähriger Bauarbeiter, gab seiner Freude über »die größte spontane Kundgebung in Schkeuditz seit 1945« Ausdruck und verlas eine

Resolution seiner Kollegen. Aus der Menge kamen weitere Forderungen hinzu, so die nach Freilassung der politischen Gefangenen. Laut Polizeibericht kam es zu keinerlei Ausschreitungen, lediglich am SED-Parteihaus wurde ein Transparent über Normenerhöhungen entfernt. Ein Teil der Demonstranten marschierte in Richtung des 13 Kilometer entfernten Leipziger Zentrums. Die Volkspolizei hinderte sie nicht daran, versuchte lediglich, »den reibungslosen Verkehr« zu sichern. Zuvor hatten die in Schkeuditz beschäftigten Bauarbeiter mit ihren Kollegen auf den Leipziger Baustellen Kontakt aufgenommen. Daraufhin traten gegen 10 Uhr fast alle innerstädtischen Baustellen in den Ausstand.

Inzwischen hatten die leitenden Funktionäre der Messestadt begriffen, dass ein ungewöhnlicher Sommertag in ihrer Stadt angebrochen war. Doch ohne ihren Chef Paul Fröhlich, der in den frühen Morgenstunden mit zwei weiteren einflussreichen Sekretariatsmitgliedern nach Ost-Berlin beordert worden war, zeigten sich die verantwortlichen Genossen kopflos. Aus den Ost-Berliner Machtzentralen waren nach wie vor keine konkreten Anweisungen eingegangen, wie man sich gegenüber den viel zu spät angekündigten »Provokateuren und Agenten« zu verhalten habe. So wurde in der SED-Bezirksleitung bei zeitweiliger Anwesenheit der Bezirkschefs von VP und MfS stundenlang hinter verschlossenen Türen hilflos beraten, während sich auf den Straßen und Plätzen der Stadt Tausende von Leipzigern spontan und aus eigenem Willen zu einem eindrucksvollen Protest gegen die SED-Herrschaft formierten. Telefonischen Nachfragen von treuen Genossen, was in dieser Lage zu tun sei, wichen die Bezirksfunktionäre aus. Die Anrufer wurden auf später vertröstet und aufgefordert, die Situation in der Stadt zu beobachten und darüber laufend zu informieren. Die konkreten Anweisungen erwartenden Funktionäre der SED-Stadtleitung wurden nicht empfangen. Sie gaben daher ihrerseits an die SED-Betriebsparteiorganisationen in Verkennung der wirklichen Lage die Parole aus, »einen festen Kern von Genossen zu schaffen«, um eine »breite Überzeugungsarbeit unter den Kollegen« zu entwickeln mit dem Ziel, Streiks und Demonstrationen zu verhindern. Als diese Aufforderung in den Betrieben ankam, war ein Teil der SED-Mitglieder bereits selbst in die Protestbewegung involviert, und zur »Überzeugungsarbeit« eingesetzte Parteischüler sollten erfahren, dass keiner mehr die Propagandaphrasen hören wollte. Manche bekamen als Antwort von aufgebracht demonstrierenden sogar »schlagkräftige Argumente« zu spüren.

Große Verunsicherung herrschte auch bei der Leipziger Polizei. Am Vortag hatte der Chef der Bezirksbehörde seine Amtsleiter auf den Neuen Kurs eingeschworen: mehr »Rechtssicherheit« und nicht länger »un-

gerechtfertigte Festnahmen«. Bei Missachtung dieser Order würden die Verantwortlichen »wegen Freiheitsberaubung zur Rechenschaft gezogen« werden. Jetzt, am 17. Juni, fand seit 7 Uhr im Volkspolizeikreisamt Leipzig eine Schulung zur Durchsetzung des Kurswechsels statt. Zu Beginn der Zusammenkunft ahnte sicherlich noch keiner der Teilnehmer, dass die Volkspolizisten wenige Stunden später massiv gegen das Volk vorgehen würden, das sich mit den Zugeständnissen der SED-Machthaber nicht mehr zufrieden gab und auf den Straßen der Stadt unterwegs war, um für bessere Lebensverhältnisse und seine politische Freiheit zu kämpfen. Als um 10.55 Uhr erste Meldungen über Demonstrationen bei der Polizei eintrafen, erging zunächst die Anweisung, sich »völlig ruhig zu verhalten und keinen Anlass zu Provokationen zu geben«. Man hoffte, dass sich die »Sache totlaufe«. Ein gewaltiger Irrtum!

Schon seit dem Vormittag fuhren Straßenbahnen mit erstaunlichen Losungen wie »Nieder mit Ulbricht« oder »Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille« durch die Magistralen – mit letzterer Losung waren Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gemeint. Um die Mittagszeit zogen Demonstrationzüge ungehindert aus allen Richtungen ins Stadtzentrum. Nach zeitgenössischen Schätzungen waren 30.000 bis 40.000 Leipziger daran beteiligt, nicht gezählt die vielen mit ihnen sympathisierenden Zuschauer. Gerüchte über eine Flucht Ulbrichts machten die Runde, und auch der Umstand, dass SED-Bezirkschef Fröhlich nicht auf der Bildfläche erschien, als Demonstranten in der Karl-Liebknecht-Straße an der SED-Bezirksleitung vorbeizogen, wurde als ein gutes Omen gesehen. Aus allem schöpften die Menschen die Hoffnung, dass die SED-Macht gestürzt, der Sieg errungen sei. Zeitgenössische Fotos von Menschengruppen auf dem Marktplatz oder vor der Staatsanwaltschaft um die Mittagszeit zeigten freudig und erwartungsvoll gestimmte, friedlich diskutierende Leute. Sie vermitteln in dieser Phase mehr den Eindruck eines Volksfestes als den eines Aufstands. Zeitzeugen bestätigen, dass »die Stadt keineswegs einem Revolutionslager glich, dass ihr Gesicht nicht hart, nicht finster, nicht kalt und verbissen war, sondern gelöst, so als sei eine unendlich schwere Last von ihr genommen: das Antlitz der Stadt Leipzig lachte, jubelte, strahlte Freude aus. Die Bürger feierten ein Fest, das feierliche Fest der Freiheit.«

Die offensichtlich aus ihrer Ohnmacht gegenüber dem Volk rührende Passivität der örtlichen Machthaber machte die Demonstranten immer mutiger. Seit dem Mittag versammelten sich Gruppen, darunter viele Bauarbeiter, Beschäftigte der SAG Bleichert, hinzukommende Passanten und Jugendliche, an öffentlichen Gebäuden im Stadtzentrum, die für sie die SED-Herrschaft verkörperten: dem HO-Kaufhaus (Petersstraße), der FDJ-

*Demonstranten sammeln sich vor dem Leipziger Untersuchungsgefängnis
in der Beethovenstraße.*

Bezirksleitung (Ritterstraße) und dem FDGB-Bezirksvorstand (Karl-Liebknecht-Straße) sowie den zentralen VP-Dienststellen, der Bezirksstaatsanwaltschaft, dem Bezirksgericht, alles im Areal Beethoven-, Harkort-, Dimitroffstraße.

Zunächst hatte der Tag auch vor dem Gebäudekomplex der Staatsanwaltschaft, des Bezirksgerichts und der MfS-Untersuchungshaftanstalt gewaltlos begonnen. Wie am Vortag hatten sich dort seit 10 Uhr zunächst in der Mehrzahl Verwandte und Bekannte von Gefangenen eingefunden, die auf deren Freilassung im Rahmen des »Neuen Kurses« warteten. Sie diskutierten mit den vor dem Gebäude stehenden Polizisten. Mittags schwoll die Menschenmenge jedoch immer stärker an, so durch einen Demonstrationzug aus Richtung Karl-Marx-Platz. Demonstranten postierten ein Schild mit der Aufschrift »Nieder mit der Regierung« am Eingang zur Staatsanwaltschaft, daneben eine schwarz-rot-goldene Fahne. Rufe nach Freilassung der politischen Häftlinge wurden laut, die Volkspolizisten gaben Warnschüsse ab, um die Menge vom Gebäude abzurängen. Ohne Erfolg, die Polizisten wurden aufgefordert, die Waffen niederzulegen und eine Delegation in das Gefängnis zu lassen. Als das versagt wurde, griffen die Aufständischen an, allen voran Arbeiter der Bauunion und der SAG Bleichert. Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft hatten sich inzwischen mit Kleinkalibergewehren der GST bewaffnet, aber auch das schreckte Demonstranten nicht davon ab, in das Gebäude einzudringen und Akten auf die Straße zu werfen. Erst als gegen 14 Uhr drei LKW mit »Russen« eintrafen, die ebenfalls zunächst nur in die Luft schossen, stoben die Menschen davon.

Nachdem die Soldaten wieder abgezogen waren, kehrten die Demonstranten jedoch zurück und versuchten erneut, jetzt noch aufgebracht, das Gebäude zu besetzen. Einige Volkspolizisten wurden dabei entwaffnet. Inzwischen waren aber alle Scherengitter an den Eingängen fest geschlossen. Später wird die Leitung der Polizei die Ansicht vertreten, dass die Abgabe von Warnschüssen falsch gewesen sei, weil das die Angreifer in dem Glauben bestärkt hätte, die Polizei würde nicht scharf schießen. Um 14.15 Uhr notierte die Polizei-Einsatzleitung: »Demonstranten sind in den Hof der Untersuchungshaftanstalt Beethovenstraße eingedrungen und versuchen, das Gebäude zu stürmen und die Gefangenen zu befreien.«³

Gegen 15.15 Uhr schlug dann die Arbeiter- und Bauern-Macht mit aller Härte zurück: Ein Zug Schutzpolizei feuerte auf die Unbewaffneten und tötete Dieter Teich, einen jungen Mann aus einem Leipziger Vorort. Voller Entsetzen luden Demonstranten den Toten auf eine Krankentrage und formierten spontan einen eindrucksvollen Trauermarsch durch die Stadt. Zunächst ohne einzugreifen, beobachtete die Volkspolizei den Zug. Sie no-

tierte: »Auf dem Wege bis zum Hauptbahnhof wurden unter provozierenden Rufen gegen die Volkspolizei Blumen auf den Toten geworfen.«⁴ Doch am Hauptbahnhof wurde der Trauerzug gestoppt und die Leiche beschlagnahmt. Inzwischen war es 17 Uhr.

Eine Stunde zuvor hatte der sowjetische Kommandant den Ausnahmezustand über die Stadt und den Bezirk verhängt. Um 16.20 Uhr wurde der Chef der Volkspolizei angewiesen, diesen Befehl durchzusetzen. Denn seit dem Mittag war es in Leipzig bei weiteren Versuchen, Zentren der SED-Herrschaft zu stürmen, zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizeikräften bzw. sowjetischem Militär gekommen. Besonders spektakulär war die Besetzung der FDJ-Zentrale in der Ritterstraße ganz in der Nähe der später berühmten Nikolaikirche. Vornehmlich Jugendliche drangen in das Haus ein. Transparente, Akten und Bücher flogen auf die Straße und wurden angezündet. Polizeikräfte, die den bedrohten FDJ-Funktionären zu Hilfe eilten, wurden – unter Gelächter und Gejohle – von den Versammelten regelrecht in die Flucht geschlagen, ihr Bereitschaftswagen umgestürzt und einige Polizisten entwaffnet. Ein weiterer VP-LKW wurde später sogar gekapert. Der Erste FDJ-Bezirkssekretär informierte kurz nach 15 Uhr die Einsatzleitung des MfS: »Das Haus ist vollständig demoliert. Vor dem Haus brennt es – die Akten der FDJ. Es sind immer noch fremde Leute im Hause. Drei Offiziere der Sowjetarmee waren da und haben sich alles angesehen.«⁵ Und später wiederholte sich auch hier das »Katz- und Maus-Spiel« wie zuvor bei der Staatsanwaltschaft. Als sich gegen 15 Uhr zwei sowjetische Panzer der Ritterstraße näherten, rannten die Versammelten nach dem Ruf »Die Iwans kommen« zunächst davon, um dann wieder aufzutauchen. Erst nach 18 Uhr, als erneut sowjetische Panzer dort vorfuhren, wurde die Straße geräumt, und anschließend beseitigten die FDJ-Funktionäre die Spuren des 17. Juni vor dem Gebäude.

Am 17. Juni 1953 in Görlitz: Bürger nehmen ihre Stadt in Besitz

Görlitz in der Oberlausitz – einst »Tor nach Schlesien«, im Zweiten Weltkrieg fast nicht zerstört, seit 1945 aber geteilte Grenzstadt an der damals undurchlässigen »Oder-Neiße-Friedensgrenze«. Etwa 100.000 Menschen leben 1953 in der nun östlichsten Stadt Deutschlands mit seiner Maschinen-, Waggonbau- und Textilindustrie.

Görlitz am 17. Juni 1953: Die örtlichen Spitzenfunktionäre waren aufgeschreckt. Schon um 6 Uhr morgens trafen sich die Chefs der SED, der

Die Leipziger FDJ-Zentrale in der Ritterstraße nach ihrer Besetzung. Vor dem Haus brennen die Akten der FDJ.

Polizei, des MfS und der Oberbürgermeister in der SED-Kreisleitung zu einer außerordentlichen Sitzung. Von der Berliner Zentrale gewarnt, wollten sie sich gegen »Westberliner Provokateure« wappnen. In diesem Sinne instruierten sie telefonisch etwa zur gleichen Zeit auch die SED-Parteisekretäre der »Schwerpunktbetriebe«, des Waggonwerkes LOWA und des VEB Görlitzer Maschinenbau. Trotzdem dachte zu dieser Zeit offenbar noch keiner der kommunistischen »Provinzfürsten« wirklich daran, dass der gerade angebrochene Tag besonders dramatisch verlaufen könnte. Als sich die Leiter des MfS, des VPKA und der Oberbürgermeister im Parteigebäude verabschiedet hatten, ging das Kreissekretariat zur »normalen« Tagesordnung über und beschäftigte sich zunächst mit »atmosphärischen Störungen« zwischen dem Ersten SED-Kreissekretär und seiner Stellvertreterin. Noch als am Vormittag die ersten Meldungen aus der LOWA eintrafen, wonach Arbeiter einer Abteilung auf dem Hof stünden und ihre Sympathie für den Streik der Berliner Bauarbeiter zum Ausdruck brächten, wähnte man sich sicher, die Lage im Griff zu haben. Auch die Betriebsparteileitung äußerte die Überzeugung, dass man »die Sache schaukeln würde«. Erst als wenig später der SED-Betriebsparteisekretär aufgeregt im Parteihaus erschien und entgegen seiner optimistischen Zusage melden musste, dass in der LOWA »der Teufel los sei«, wurde die vermeintliche Routinesitzung abgebrochen.

Die LOWA-Beschäftigten hatten zu diesem Zeitpunkt bereits die Arbeit niedergelegt, versammelten sich im Hauptwerk oder waren gerade unterwegs zu anderen Betrieben. Jetzt machte sich der Erste SED-Kreissekretär Weichold zu Fuß auf den Weg, um die Arbeiter umzustimmen. Auf seinem Weg erkannte er »seine« Stadt nicht wieder: Plakate riefen zum Sturz der Regierung auf; so war am Gebäude der Post ein Schild angebracht mit der Aufschrift »Bevölkerung! Kämpft für wirklich freie Wahlen! Fort mit der Ulbricht-Clique!«. Unterwegs traf der SED-Sekretär den Stasi-Chef, der ebenfalls zur LOWA wollte.

Als beide dort ankamen, trafen sie nur noch kleine diskutierende Gruppen an, die sich nicht dazu bewegen ließen, an die Maschinen zurückzukehren. Weiter ging es zum nächsten Betrieb, dem VEB Elektromaschinen. Dort waren der SED-Oberbürgermeister Ehrlich und der Betriebsparteisekretär gerade damit beschäftigt, die noch im Werk anwesenden Arbeiter im Hof zusammenzuholen, um eine Versammlung abzuhalten. Das klappte sogar, doch ihre »Argumente« gingen »in lautstarken Missfallensäußerungen« unter. Dagegen ernteten Redner aus der LOWA und dem EKM mit ihren Forderungen nach Rücktritt der Regierung, nach freien und geheimen Wahlen sowie nach Absetzung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre

*In Görlitz versammelt sich eine Menschenmenge
an der Ecke Jakob-/Hospitalstraße.*

und des »Kaderleiters« Beifall. Danach zogen die Versammelten zu weiteren Betrieben, um deren Belegschaften zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen aufzufordern. Sie hatten Erfolg, der Großteil der Görlitzer Betriebe schloss sich den Streikenden sofort an.

Inzwischen hatten sich die Spitzenfunktionäre der Stadt dazu entschlossen, die Demonstranten am Leninplatz (heute wieder Obermarkt) abzufangen. Dort sollte der Erste SED-Sekretär sprechen. Doch die Demonstranten hatten das gleiche Ziel. Und so sollte aus dem Auftritt des Ersten Parteisekretärs nichts werden. Die Ereignisse überschlugen sich, und die Demonstranten bestimmten den weiteren Ablauf.

Wie auch in anderen Städten hatten sich den Streikenden sehr schnell Passanten, Bewohner der Innenstadt und Geschäftsleute angeschlossen. Die engen Straßen und verwinkelten Gässchen der Innenstadt quollen vor Menschen regelrecht über. Ein Gewerkschaftsbericht vermerkte später: »Eine Lawine wälzte sich zum Leninplatz«, deren Spitze gegen 11 Uhr

dort anlangte. Wie die SED-Berichterstatter später zugeben müssen, »in Straßenbreite, einigermaßen geordnet«. In Sprechchören wurde gerufen: »Wir fordern 40 % HO-Preissenkung«, »Wir wollen keine Sklaven sein, wir fordern freie Wahlen«, »Weg mit der ONG« – der Oder-Neiße-Grenze. Später kam hinzu: »Nieder mit der Regierung«, »Nieder mit der SED«. In der Stadt waren jetzt insgesamt 30.000 bis 40.000 Bürger auf den Beinen, um ihre Forderungen auf die eine oder andere Weise zu artikulieren. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl (etwa 100.000) war dies verglichen mit den anderen Aufstandsorten wohl die stärkste Beteiligung an der Volksbewegung.

Auf dem Obermarkt fanden die zu Tausenden herbeigeströmten Menschen nicht alle Platz. Daher wurde die gegen 11.30 Uhr beginnende Kundgebung bis zu ihrem Ende um 13 Uhr über die Lautsprecher des damals üblichen Stadtfunks übertragen, damit die Menschenmassen auch in den anliegenden Straßen und Plätzen die Reden hören konnten. Die notwendigen Mikrophone besorgte der Chef des privaten Rundfunkgeschäftes Helbig, dem die Anlage früher gehört hatte. Dafür wurde er später zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus der gewaltigen Manifestation der Görlitzer in den Mittagsstunden des 17. Juni entwickelte sich eine weitere Besonderheit des Aufstandes in der Neißestadt. Zwar hatte wie überall im Lande auch hier die Volksbewegung spontan begonnen, war die Kundgebung improvisiert. Doch in Görlitz hatte sich schnell, z.B. im Unterschied zu Leipzig, eine überbetriebliche Streikleitung konstituiert. Deren Sprecher gelang es auf der Mittagskundgebung, zwischen der organisierten Streikleitung und den spontan herbeigeeilten Teilnehmern gewissermaßen einen Dialog in Gang zu setzen. Daraus entwickelte sich eine klare politische Manifestation zur Beseitigung der SED-Herrschaft. Nach Jahren der Diktatur wollten sie »freie deutsche Bürger« sein, wie ein Redner unter dem »stürmischen Beifall« der Versammelten forderte, und sie sangen gemeinsam die dritte Strophe des Deutschlandlieds »Einigkeit und Recht und Freiheit«.

In Abstimmung mit dem überbetrieblichen Streikkomitee moderierte dessen Sprecher die ersten Schritte zur organisierten Machtübernahme durch die Aufständischen. Sie erklärten den SED-Oberbürgermeister Ehrlich für abgesetzt, beschlossen die Befreiung der politischen Gefangenen, die Fortsetzung des Streiks, die Aufstellung einer unbewaffneten Polizeitruppe, die für Ordnung und Sicherheit sorgen sollte, sowie die Bildung eines 20-köpfigen Stadtkomitees. Dieses Gremium wollte auf einer zweiten Kundgebung, die für den Nachmittag auf 14.30 Uhr bzw. 15 Uhr angesetzt war, sein Programm vorstellen und weitere Schritte zur Machtübernahme

beschließen und einleiten. So dokumentiert es ein überliefertes Tonbandprotokoll.

Bei ihrem Handeln gingen das Streikkomitee und später auch das Stadtkomitee davon aus, dass in den großen Zentren Berlin, Leipzig und Dresden die Aufständischen schon weiter seien als sie. In diesem Sinne versuchten die Komitees auch immer wieder, die Görlitzer bei ihren Aktionen zu motivieren. Inzwischen wissen wir, dass sie in dieser Annahme irrten und tatsächlich die Görlitzer Aufständischen, weit weg von Ost-Berlin, außergewöhnlich weit vorangekommen waren: Denn die Stadt war an jenem 17. Juni 1953 um die Mittagszeit faktisch bereits in ihren Händen. Das Görlitzer Stadtkomitee, nach Zusammensetzung wie nach Art und Weise des Zustandekommens gewissermaßen ein revolutionäres Exekutivorgan, verstand sich als provisorische bürgerlich-demokratische Stadtverwaltung. Vorgesehen war die Konstituierung einer neuen Stadtverordnetenversammlung durch Delegierte aus allen Betrieben und Institutionen der Stadt, die dann einen demokratisch legitimierten Oberbürgermeister einsetzen sollte.

Den Architekten Cammentz brachte seine außergewöhnliche Rolle als Sprecher des Streikkomitees nach der Niederschlagung der Erhebung auf die »Liste der Rädelsführer, die durch besondere Aktivitäten aufgefallen sind«, welche der SED-Bürgermeister erstellte und dem MFS übergab. Über ihn war notiert: »Teilnehmer beim Eindringen ins Rathaus, Sprecher bei der Kundgebung am Morgen, Linie: Besonnenheit, aber unbedingt Gewährleistung der Freiheit, Abtretung der SED und der Regierung, Entfernung aller SED-Mitglieder aus den Werksleitungen«⁶.

Sachliche Grundlage für den Optimismus der Görlitzer Aufständischen und zugleich Ausdruck ihrer Entschlossenheit waren insbesondere auch die folgenden Umstände: Bis gegen 14.30 Uhr waren alle wichtigen Gebäude in der Hand der Demonstranten, ohne dass die Machthaber und ihre Sicherheitskräfte größeren Widerstand geleistet hätten. Sie kapitulierten offenbar angesichts der gewaltigen Massenaktionen. Ohne konkrete Anweisungen aus der Bezirkshauptstadt Dresden bzw. aus Ost-Berlin wussten sie nicht, wie sie sich in einer derartigen Situation verhalten sollten. Bisher waren sie lediglich auf »Feinde und Agenten« eingestellt worden, jetzt standen ihnen Görlitzer gegenüber, darunter zahlreiche Frauen und Jugendliche, Nachbarn, Bekannte, Arbeitskollegen. Und das veranlasste den Ersten Sekretär der SED dazu, nachdem seine Kreisleitung gestürmt und er von den Demonstranten mit zur Kreisdienststelle des MFS geschleppt worden war, die Stasi-Leute zur Einstellung des Widerstandes zu veranlassen. Sie stellten daraufhin das Schießen ein, weil nach ihrem Macht-

verständnis der Erste Sekretär ihr Vorgesetzter war. Diese mit niemandem abgestimmte Entscheidung des Parteichefs von Görlitz hatte unmittelbare Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen an diesem Tage und führte später zu seiner mit Parteiausschluss verbundenen Amtsenthebung.

Auch die erfolgreiche und unblutige Besetzung der Görlitzer Untersuchungshaftanstalt in der Nähe des Rathauses und der Strafvollzugsanstalt für weibliche Häftlinge am Postplatz sowie die Befreiung von 416 Insassen dieser beiden Anstalten trugen dazu bei, dass die Görlitzer davon ausgehen mussten, dass ihre Revolution erfolgreich verlaufen würde. Für die befreiten Häftlinge blieb diese Illusion nicht ohne schlimme Folgen. Sie wähten sich in Sicherheit und versuchten erst dann die Stadt zu verlassen, als bereits sowjetisches Militär und KVP von auswärts anrückten und den Bahnhof sowie die Ortsausgänge besetzten. Bereits am 19. Juni 1953, früh um 4 Uhr, waren 215 befreite Görlitzer Häftlinge wieder festgesetzt.

Die Görlitzer hofften bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes auch auf die Neutralität der »Russen«. Denn die Angehörigen der sowjetischen Kommandantur, in unmittelbarer Nähe der MfS-Zentrale, schritten zunächst nicht ein, als Demonstranten das Stasi-Gebäude belagerten und später besetzten. Drei Offiziere der Kommandantur sahen sogar zu, wie die Stasi-Akten auf die Straße flogen. Sie postierten lediglich einen Soldaten mit einer Maschinenpistole im Bereich des Erdgeschosses. Der sowjetische Stadtkommandant soll sich später darauf berufen haben, dass zu diesem Zeitpunkt Schießverbot für die Kommandantur bestanden habe. Zeitzeugen berichten sogar davon, dass den sowjetischen Soldaten ein Stalin-Porträt überreicht worden sei.

Ursachen wachsender Unzufriedenheit mit der SED-Herrschaft vor dem 17. Juni 1953 in Görlitz und Leipzig

Beginn und Ablauf der Ereignisse am 17. Juni 1953 in Leipzig und Görlitz belegen die für alle Aufstandsorte zutreffende Erkenntnis, dass die Erhebung spontan ausbrach und keineswegs von langer Hand durch »westliche Agenten« oder »faschistische Provokateure« inszeniert worden war, also einen »faschistischen Putsch« darstellte, wie es bis zur Friedlichen Revolution von 1989/90 in den offiziellen Verlautbarungen der SED hieß. Die generelle Ursache für das Aufbegehren breiter Volksmassen war die seit der 2. Parteikonferenz im Sommer 1952 immer rigidere Politik der SED gegen die eigene Bevölkerung. Anzeichen für die wachsende Unzufrieden-

heit des Volkes mit der SED-Herrschaft mehrten sich schon lange Zeit vor dem Juni 1953. Das registrierten auch die SED-Leitungen aller Ebenen und ihre »Sicherheitsorgane«. Doch sie führten derartige Anzeichen auf »Feindarbeit«, angeblich geschürt durch den amerikanischen und deutschen Imperialismus, zurück. Die Folge war seit Jahren eine regelrechte Agenten- und Feindhysterie. Im Zusammenhang mit dem großen stalinistischen Schauprozess gegen Rudolf Slánský 1952 in Prag schwor ein Beschluss des SED-Zentralkomitees die Partei erneut auf die »Verstärkung der revolutionären Klassenwachsamkeit« ein. Doch offenbar reagierten zahlreiche Funktionäre auf den mittleren und unteren Ebenen auf derartige klassenkämpferische Losungen kaum noch. Ihnen wurde – wie im Beschluss der 13. ZK-Tagung (Mai 1953) geschehen – »Blindheit und Sorglosigkeit gegenüber den Feinden der Partei und des Staates« vorgeworfen. Die Kreisleitung Görlitz-Stadt war in diesem Beschluss sogar namentlich mit sechs weiteren Kreisleitungen kritisiert worden, weil sie den Beschluss des ZK über den Slánský-Prozess überhaupt nicht im Sekretariat behandelt hatte.

Doch die Görlitzer Funktionäre hatten zu diesem Zeitpunkt ganz andere Sorgen. Sie mussten mit den konkreten Folgen der Sparbeschlüsse der Ulbricht-Führung fertig werden, die sich aus der spezifischen Situation ihrer Stadt ergaben. So wirkte sich die 40-prozentige Kürzung der Mittel für Sozialunterstützung in Görlitz besonders dramatisch aus, denn ein Viertel der Einwohner (ca. 25.000) waren 1953 Rentner sowie Sozialhilfeempfänger (3797) und Arbeitslose (zwischen 2000 und 2500 offiziell registriert). Nach den »sozialistischen Sparmaßnahmen« blieb für viele nur noch die Flucht in den anderen deutschen Staat. Unter den 936 Bewohnern, die von Anfang November 1952 bis Ende April 1953 Görlitz und Landkreis in Richtung Westdeutschland verließen, waren mehr als ein Drittel Rentner, Hausfrauen und Beschäftigungslose.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle war auch in Görlitz immer schlechter geworden. Betriebe mussten im Winter 1952/53 wegen Brennstoffmangels ihre Produktion einschränken bzw. sogar einstellen. Die Zuteilung an Braunkohlenbriketts war um knapp die Hälfte gestrichen worden. Wegen zunehmender Stromabschaltungen mussten die Görlitzer Geschäfte seit Januar 1953 statt um 18 Uhr bereits um 17 Uhr schließen. Selbst der SED-Oberbürgermeister Ehrlich erkannte im Frühjahr 1953 die Brisanz der neuesten Sparmaßnahmen seiner Partei und hielt die politischen Auswirkungen des Sparkurses für untragbar. Doch die entsprechenden Interventionen bei seinem Vorgesetzten in Dresden bzw. mehrere Vorstöße des SED-Kreissekretärs bei Ulbricht blieben unbeantwortet.

Welche besonderen politischen und demographischen Bedingungen weiter dazu beigetragen haben könnten, dass am 17. Juni 1953 in beiden sächsischen Städten eine relativ große Zahl von Einwohnern gegen die SED-Diktatur und nicht ausschließlich und vordergründig gegen die Verschlechterung der materiellen Lebensverhältnisse auf die Straße gegangen war, kann nachfolgend nur punktuell untersucht werden.

Görlitz hatte den Zweiten Weltkrieg – im Gegensatz zu Leipzig – fast ohne Kriegsschäden überstanden. Doch aus einer reichen und blühenden Stadt, die seit Jahrhunderten starken Einfluss auf das geistige und wirtschaftliche Leben Mittel- und Ostdeutschlands ausgeübt hatte und als Tor nach Schlesien galt – wo sich gerne Pensionäre ansiedelten –, war im Ergebnis des Krieges eine geteilte Grenzstadt geworden. Ihre Einwohner erlebten zunächst nach 1945 eine beispiellose Flüchtlingswelle, vornehmlich aus dem Schlesischen. Viele Vertriebene blieben in Görlitz, weil sie hofften, demnächst wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. 1949 betrug der Anteil der Vertriebenen an der Kernbevölkerung in Görlitz 37,5 Prozent und in Leipzig 12,3 Prozent. Die Einwohnerzahl stieg dadurch von 93.800 im Jahre 1939 auf 100.000 im Jahr 1953. Gleichzeitig hatte sich das Stadtgebiet um 1/5 verkleinert, nachdem die Neiße zur Staatsgrenze geworden und das östlich des Flusses gelegene Stadtgebiet an Polen gefallen waren.

Die Konzentration von Flüchtlingen in Görlitz verursachte eine große Wohnungsnot in der unzerstörten Stadt. Alle Zusagen der DDR-Regierung zur Verbesserung der Wohnverhältnisse wurden nicht eingelöst. So hatte der Ministerrat der DDR in einer Sitzung, die in Görlitz Anfang der fünfziger Jahre stattgefunden hatte, den Bau von 350 neuen Wohnungen versprochen. Bis zum 17. Juni 1953 wurde nicht eine davon bereitgestellt. Verschärft wurde das Problem, weil viele Görlitzer jeden Tag jenseits des Flusses ihre Häuser im polnischen Teil sahen, viele standen leer und verfielen. Bis zum 6. Juli 1950 hatten die Görlitzer gehofft, dass die Teilung ihrer Stadt nur vorübergehend sei. Als dann Grotewohl die Unterschrift unter die »Deklaration über die Markierung der Oder-Neiße-Friedensgrenze« setzte, erwiesen sich diese Hoffnungen als vergeblich. Die »Friedensgrenze« nach Osten war in den fünfziger Jahren mindestens so streng bewacht wie später die Berliner Mauer. Es gab keinen kleinen Grenzverkehr. Als das SED-Politbüro am 9. Juni 1953 den »Neuen Kurs« verkündete, keimte wieder Hoffnung auf, dass die Teilung der Neiße-Stadt aufgehoben und die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat möglich würde. Kein Wunder also, dass am 17. Juni Proteste gegen die Oder-Neiße-Grenze besonders zahlreich waren.

Aufgrund der Bevölkerungszunahme herrschte zudem insbesondere für Frauen ein großer Mangel an Arbeitsplätzen. Im Jahre 1953 waren von den rund 100.000 Görlitzern nur reichlich 40 Prozent erwerbstätig, darunter ein Drittel als Arbeiter und Angestellte. Die SED-Führung hatte deshalb auf ihrem III. Parteitag (Juli 1950) den Einwohnern von Görlitz ausdrücklich Versprechungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gemacht. Geplant war, im Görlitzer Maschinenbau die Zahl der Beschäftigten auf 6000 zu erhöhen. Außerdem sollte eine neue Baumwollspinnerei mit 3000 Arbeitsplätzen entstehen, um vor allem die hohe Frauenarbeitslosigkeit abzubauen. Doch dieses Werk wurde dann in Forst/Lausitz errichtet. Auch die Ansiedlung einer anderen Textilfabrik scheiterte. Mit diesen in Aussicht gestellten Projekten hatten die örtlichen Partei- und Staatsfunktionäre gerechnet und ständig argumentiert. Sie hatten dann mit den unzufriedenen Bürgern vor Ort zu tun, ohne Abhilfe schaffen zu können. Der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung Görlitz hatte im Vorfeld des 17. Juni mehrfach die SED-Bezirksleitung und auch das ZK der SED auf die äußerst schwierige Lage in der Stadt aufmerksam gemacht. Er informierte sogar Ulbricht zweimal persönlich über die besondere soziale Lage in dieser Region.

Auf einen anderen Aspekt der demographischen Struktur in seinen Auswirkungen auf die zunehmende Unzufriedenheit soll hier nur kurz hingewiesen werden: Beide Städte, Leipzig wie Görlitz, hatten vor 1945 ein starkes bürgerliches Milieu, dem mit der sozialökonomischen Transformation in der SBZ/DDR gezielt die Grundlage entzogen worden war. Insbesondere mit dem Beschleunigungskurs des sozialistischen Aufbaus in den Monaten vor dem Juni-Aufstand sollte dieses bürgerliche Milieu nun endgültig beseitigt werden. Ende 1952 lebten nur noch 4000 Görlitzer von selbstständiger Arbeit. Mit der Kampagne zur Liquidierung des privaten Groß- und Einzelhandels im Frühjahr 1953 sollte ihre Zahl weiter verringert werden. In Görlitz und Leipzig waren die SED-Verantwortlichen davon überzeugt, dass der staatliche Handel die Aufgaben der Privaten übernehmen könne. Doch das Gegenteil war der Fall, die Versorgungslage verschlechterte sich zunehmend. Auch das war für viele Görlitzer ein Grund, den »Arbeiter- und Bauern-Staat« stalinistischer Prägung abzulehnen. Außerdem waren viele historische Gebäude, die vom einstigen Reichtum der Stadt und ihrer Bürger kündeten, zwischenzeitlich zum Sitz der neuen Machthaber geworden. Da war das Rathaus mit seiner berühmten Treppe. Hier residierte seit 1950 jener Oberbürgermeister Ehrlich, der am 17. Juni für Stunden abgesetzt war. Im Schönhof, einem der ältesten Renaissancebauten Deutschlands, saß die FDJ-Leitung der Stadt und des Kreises. Im alten Ständehaus regierten die höchsten SED-Funktionäre der Stadt und des Kreises.

Neben der besonderen Sozialstruktur ergab sich aus dem »Kirchenkampf« der SED gerade in Görlitz ein großes Protestpotential. In der Region war der Einfluss der evangelischen und auch der katholischen Kirche nach wie vor größer als in vielen anderen Städten. Das spiegelte sich u.a. im Kirchengang, im großen Anteil christlicher Jugendlicher und schließlich auch an der Haltung der territorialen Kirchenleitungen zum 17. Juni 1953 wider. Es gab seit Jahren ständig Beschwerden der Görlitzer Staatsfunktionäre darüber, dass die Kirchen voll waren, während die Teilnahme an Propagandaaufmärschen und sonstigen staatlichen und Parteiveranstaltungen gering war. So hielt das Volkspolizei-Kreisamt beispielsweise im Januar 1953 fest: »Die zentralen Feierstunden, wie Feier zum Jahrestag der DSF, Leninfeyer usw., sind äußerst schlecht besucht, während zu dieser Zeit sich die Menschen in die Kirchen drängen.«⁷ Die Staatsmacht, insbesondere die Sicherheitskräfte, beobachteten das mit Unbehagen. Doch alle Bemühungen der Funktionäre, zwischen den kirchlichen Würdenträgern Differenzen auszumachen und gegebenenfalls auszunutzen, um »fortschrittliche« Pfarrer auf ihre Seite zu bringen, schlugen in Görlitz fehl. So vermerkte das VPKA Görlitz Anfang 1953: »Besonders zu beachten ist die Arbeit reaktionärer Kreise in den Kirchen. In der Stadt Görlitz ist der Sitz des Bischofs Hornig mit seinem Stab entsprechender ›Würdenträger‹. Großen Einfluss hat die ›Schlesische Kirche‹. Es gibt unter 22 Pfarrern nicht einen fortschrittlichen Geistlichen.«⁸

In Görlitz, aber auch in Leipzig, hatte die kirchliche Jugendarbeit auch deshalb an Anziehungskraft gewonnen, weil seit Frühsommer 1952 in der FDJ massiv für die KVP/VP geworben wurde. In Görlitz war die Junge Gemeinde auch in den großen volkseigenen Betrieben vertreten, stärker als das in Leipzig der Fall war. Ein »Bollwerk« soll sich nach SED-Angaben im VEB Feinoptik befunden haben. Bereits seit Januar 1953 wurden umfangreiche namentliche Listen über die Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde in Betrieben, Berufsschulen und Schulen angelegt. Umso überraschender war es, dass in Görlitz nur relativ wenige Jugendliche von der Schule verwiesen wurden, als im Frühjahr die von der SED-Führung initiierte Kampagne zur Liquidierung der Jungen Gemeinde begann. Vier Lehrer hatten hier ihre Kündigung erhalten, zwei wurden an Grundschulen versetzt, sechs Oberschüler, darunter einer unmittelbar vor dem Abitur, mussten die Schule verlassen.

Neben der Kirche war der so genannte »Sozialdemokratismus« für die SED ein »gefährlicher Feind«. In beiden Städten machte die SED-Führung eine »sehr starke rechte sozialdemokratische Tradition« für dieses Phänomen verantwortlich. Das begründete sie vor allem mit der langen

sozialdemokratischen Tradition und insbesondere dem Verhalten der Sozialdemokraten in beiden Städten zur und nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED. In Görlitz und in Leipzig hatten die Bezirksvorstände der SPD nach dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 ihrerseits auf den verstärkten Ausbau der eigenen Organisation, auf gemeinsame Manifestationen mit der KPD in Fragen des antifaschistischen Kampfes orientiert, aber eine Verschmelzung beider Organisationen abgelehnt bzw. an einen Reichsparteitag gekoppelt. Die führenden Leipziger Sozialdemokraten wandten sich insbesondere gegen die eigenmächtigen Entscheidungen des Landesvorstandes der SPD in Bezug auf den Modus und den Terminplan der vorgesehenen Vereinigung.

Auch in der Görlitzer SPD-Spitze meldeten sich zu der vom Zentralausschuss der SPD und vom sächsischen Landesvorstand beschlossenen Vereinigung mit den Kommunisten kritische Stimmen. Im Januar 1946 diskutierten beispielsweise Funktionäre der SPD des Bezirkes Görlitz über einen Resolutionsentwurf, der eine Probeabstimmung aller Sozialdemokraten darüber vorsah, ob sie für »eine Verschmelzung der SPD und KPD« waren und ob sie im Falle der Verschmelzung »ohne Rücksicht auf ihre persönliche Einstellung der Einheitspartei weiter angehören?«. Dieser Entwurf wurde indes mehrheitlich abgelehnt.

Als dann die SED-Gründung vollzogen war und 1947/48 die Formierung einer »Partei neuen Typus« begann, zeigte sich, dass die Leipziger Sozialdemokraten mit ihren Befürchtungen Recht behalten sollten. Denn es folgten Parteisäuberungen und die weitere Zurückdrängung der ehemaligen Sozialdemokraten aus verantwortlichen Funktionen in Partei und Staat. Besonders in Leipzig wurden die angeblichen »Schumacher-Agenten« sehr zeitig aus der neuen Partei gedrängt, zum Teil sogar kriminalisiert, während in Görlitz derartige Kampagnen nicht mit dieser Härte geführt wurden.

Insbesondere die Parteiüberprüfungen 1951 dienten der Führung dazu, das sozialdemokratische Milieu weiter trockenzulegen und die langjährigen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Traditionen auszulöschen. Nach Abschluss der Parteiüberprüfung und dem Umtausch der Parteidokumente zählte die SED in Görlitz-Stadt im September 1951 insgesamt 6667 Mitglieder und Kandidaten. 919 SED-Genossen hatten kein neues SED-Parteibuch erhalten. Nach Abschluss dieser Kampagne resümierte die SED-Kreisleitung Görlitz: »Wir haben es noch nicht verstanden, nachdem von 6500 Mitgliedern im Kreis annähernd 2000 vor 1933 der SPD angehörten, deren Traditionen vollständig zu beseitigen.«⁹

Neben den Parteiüberprüfungen wollte die SED-Führung vor allem mit ihrer »Kaderauswahl« den sozialdemokratischen Traditionen zu Leibe

rücken. In Görlitz wurden Anfang der fünfziger Jahre zahlreiche Machtträger im Partei- und Staatsapparat von außerhalb und mit einer kommunistischen Vergangenheit eingesetzt. So waren der Görlitzer Oberbürgermeister Ehrlich und der Erste SED-Kreissekretär Weichold keine Einheimischen. Beide stammten aus Leipzig und waren vor 1945 in der KPD organisiert. Doch auch sie waren nicht in der Lage, die jahrzehntelangen sozialdemokratischen Traditionen ein für alle Mal auszulöschen. Das zeigte sich am 17. Juni 1953, als ein alter Sozialdemokrat unter dem Beifall der Demonstranten die Neugründung der SPD bekannt gab.

Die Görlitzer Funktionäre beklagten sich im Vorfeld des Aufstandes vor allem darüber, dass der »Sozialdemokratismus« vor allem in den großen volkseigenen Betrieben, insbesondere im EKM und in der LOWA anzutreffen sei. Mehrere SED-Mitglieder, die aus der SPD stammten, hatten zu Jahresbeginn ihre Parteidokumente abgegeben. Auch die »Maschinenausfälle« in der LOWA und im EKM brachte das VPKA mit »dort herrschendem Sozialdemokratismus« in Verbindung und schlussfolgerte, dass hier »die Ursachen der Störung« zu suchen seien. Selbst für einen Baggerausfall im Braunkohlenwerk Berzdorf oder Motorbrände in volkseigenen Betrieben infolge von Stromschwankungen wurde der Sozialdemokratismus verantwortlich gemacht.

Auch unter den Lehrern soll der »Sozialdemokratismus« »weit verbreitet« gewesen sein. Das wurde u.a. auf den Einfluss des inzwischen aus der SED ausgeschlossenen ehemaligen Leiters des Görlitzer Schulamts, Paul Gatter, zurückgeführt. Jener Paul Gatter, ein ehemaliger Sozialdemokrat, wurde zweimal aus dem Schuldienst entfernt: das erste Mal von den Nazis und später von der SED. 1945 zunächst als Schulrat eingesetzt, wurde er später zum Schulleiter degradiert, um schließlich 1952 ganz aus dem Schuldienst entlassen zu werden. Auch Paul Gatter war an jenem 17. Juni unter den Görlitzer Demonstranten auf dem Obermarkt.

Leipzig – als Wiege der deutschen Sozialdemokratie – stand unter besonderer Beobachtung der Ost-Berliner SED-Führung. Hier wehrte sich eine Gruppe von führenden Sozialdemokraten um Stanislaw Trabalski stärker als in anderen Städten und Regionen der SBZ gegen die Art und Weise und das Tempo der Vereinigung von SPD und KPD. Otto Buchwitz bezeichnete 1956 rückblickend Leipzig »als das Zentrum der Opposition innerhalb der SPD gegen die Vereinigung«. Doch bereits im September 1946 hatte Hermann Matern darauf verwiesen, dass insbesondere in Leipzig Sozialdemokraten in die SED eingetreten seien, »die wir lieber nicht in der Partei hätten ... Ein Teil der Sozialdemokraten muss dort entfernt werden, aber jetzt können wir sie nicht rausschmeißen.«

Knapp zwei Jahre später, als die Weichen für die Entwicklung der SED zur Partei Neuen Typus gestellt waren, wurde der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« in Leipzig mit besonderer Härte geführt. Es gab vom Frühjahr 1948 bis zum 17. Juni 1953 mehrere umfangreiche »Säuberungen« innerhalb der Leipziger SED-Parteorganisation. Im Sommer 1948 wurde in der Messestadt eine regelrechte Hetzjagd auf »feindliche und entartete Elemente« gestartet. Derartige Elemente, als »Krankheitskeime«, »Schumacher-Agenten« bezeichnet, wurden in erster Linie im Volkshaus, bei Eisenbahn, Post und Straßenbahn sowie bei der SAG Bleichert ausgemacht. Damit begann eine bis 1953 nachwirkende Kampagne gegen den so genannten Volkshauskreis.

Im Oktober 1950 wurde eine neue Säuberungswelle eingeleitet, damals titelte die LVZ: »Räuchert die Nester der Schumacher-Agenten aus«. Jetzt sollten vor allem Exempel statuiert werden. Im Ergebnis des 1950/51 durchgeführten Dokumentenumtausches verlor die Leipziger SED nahezu ein Zehntel ihrer Mitglieder. Von 74 805 überprüften Mitgliedern und Kandidaten wurden 4 883 gestrichen und 1 525 ausgeschlossen. Bis zum Juni 1953 waren bereits bis auf wenige Ausnahmen alle prominenten Leipziger Sozialdemokraten aus der SED ausgeschlossen, zum Teil auch verhaftet worden, u.a. Stanislaw Trabalski.

Auch die Symbole der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sollten in Leipzig ausgelöscht werden. 1951 erhielt das »Volkshaus« den Namen »Ernst-Thälmann-Haus«, um »ein für alle mal mit den geistigen Ideologien reformistischer Gewerkschaftsführer ... zu brechen«. Seither diente es nicht mehr als Begegnungsstätte für einfache Gewerkschaftsmitglieder, sondern als Domizil der Funktionäre des FDGB-Bezirksvorstandes Leipzig und der Industriegewerkschaften. »Bonzenhaus« hieß es jetzt im Volkshaus. Nach den Beschlüssen über die administrativen Normenerhöhungen (Mai 1953) war der Groll auf die Gewerkschaftsfunktionäre besonders groß. Das zeigte sich am 17. Juni 1953, als Leipziger Demonstranten dieses Gebäude belagerten.

Die Niederschlagung des Aufstandes in Görlitz und Leipzig

Es ist unbestritten, dass die Verhängung des Ausnahmezustandes und der massive Einsatz sowjetischer Truppen am 17. Juni 1953 die Macht der SED gerettet haben. Und es ist sicher richtig, dass die russischen Panzer und die Ausrufung des Kriegsrechts in Ost-Berlin und anderen Städten der DDR der Erhebung ein Ende bereiteten – doch nicht sofort. Vielmehr trat die be-

absichtigte abschreckende Wirkung der Panzer und des Ausnahmezustandes in manchen Orten erst nach Tagen ein. Die Bekanntgabe des Kriegsrechts selbst hat nur in den wenigsten Fällen zur sofortigen Beendigung der Proteste, vor allem nicht der Streiks, geführt. Am Beispiel von Görlitz und Leipzig sehen wir, dass die »Unruhen« noch mehrere Tage andauerten. In Görlitz setzten beispielsweise noch am 19. Juni 1953 Teile der Belegschaften der LOWA und des EKM den Streik fort, obwohl ihre Betriebe von Militär besetzt waren. Erst eine Durchsage, die der sowjetische Kommandant um 11 Uhr jenes Tages über den Betriebsfunk veranlasst hatte, bewirkte, dass der Streik abgebrochen wurde: »Es ist von der Kommandantur der Schießbefehl herausgegeben worden für diejenigen, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen, d.h. also gegen die Anstifter in den Betrieben.« Es wurde ein Ultimatum von zehn Minuten gestellt. In Leipzig nahm die Zahl der Streikenden am Tag nach der Verhängung des Ausnahmezustandes sogar noch zu.

Noch während einige Vertreter des Görlitzer Stadtkomitees mit dem abgesetzten Stadtoberhaupt darüber verhandelten, wie der Alltag des nächsten Tages, die Öffnung der Banken, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln u.ä. und die Verhinderung von Plünderungen zu gewährleisten sei, traf die Meldung über die Verhängung des Ausnahmezustandes über Görlitz im Rathaus ein. Das könnte zwischen 14 und 14.30 Uhr gewesen sein. Es gibt allerdings zwei Zeitangaben für den Beginn des Ausnahmezustandes an diesem Tag. Im schriftlichen Befehl Nr. 1 wird der »Belagerungszustand« ab 14 Uhr ausgesprochen, im bereits erwähnten Tonbandmitschnitt ist der Beginn mit 15 Uhr angegeben. Für das Stadtkomitee muss diese Ankündigung überraschend gekommen sein, war es doch seit Mittag davon ausgegangen, dass die DDR-Regierung nicht mehr bestehe und die sowjetische Besatzungsmacht nicht eingreife, sondern die Vorgänge als innere Angelegenheit betrachtet. Man kann sicherlich davon ausgehen, dass zu diesem Zeitpunkt den Akteuren in der »Provinz« noch nicht bekannt war, dass bereits seit 13 Uhr über Ost-Berlin das Kriegsrecht verhängt worden war.

Um 15 Uhr sollte die vom Stadtkomitee angekündigte Demonstration durch alle Straßen mit anschließender Kundgebung auf dem Obermarkt beginnen. Zwischen 14 und 15 Uhr hatte sich dort wie auch in der ganzen Innenstadt erneut eine gewaltige Menschenmenge eingefunden, unter ihnen nun auch zahlreiche Bewohner des Umlandes, die die Kunde vom Aufstand in der Kreisstadt vernommen hatten. Der Stadtfunk befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in den Händen des Komitees. Auch das Rathaus war noch bis 16.15 Uhr in dessen Gewalt. Dem Oberbürgermeister, der die

Beratung mit Vertretern des Stadtkomitees verlassen hatte, wurde der Zutritt zu seinen Amtsräumen verweigert. Erst unter dem Schutz sowjetischer Soldaten konnte er wieder zurück ins Rathaus.

Als der Beginn der Nachmittagskundgebung näher rückte, kam über den Stadtfunk die schockierende Nachricht, dass der sowjetische Stadtkommandant »in Anbetracht der Unruhen« über die Stadt Görlitz den »Belagerungszustand« verhängt habe. Die angekündigte Kundgebung müsse deshalb ausfallen, konnten die Aufständischen weiterhin vernehmen, und die Arbeiter sollten ruhig in ihre Betriebe gehen, um dort Delegierte zu wählen, die danach zu weiteren Verhandlungen mit dem Bürgermeister ins Rathaus in den großen Sitzungssaal kommen sollten. Nach gleich lautenden Aussagen von Zeitzeugen und SED-Berichterstatlern soll zum selben Zeitpunkt, als diese Durchsage über den Stadtfunk mehrmals wiederholt wurde, auf dem Leninplatz ein Lautsprecherwagen der Feuerwehr erschienen sein. Von da kam die Mitteilung, dass die Durchsage des Stadtfunks über den Ausfall der Kundgebung eine »Lügenmeldung« sei und die Veranstaltung wie geplant stattfinde. Eben zu diesem Zeitpunkt erschien eine Delegation des Schlachthofes vor dem Rathaus, sie schlepten Oberbürgermeister Ehrlich wieder auf den Markt. Und damit begann die zweite Kundgebung an diesem Tage.

Der Oberbürgermeister musste sich ein Dutzend Reden anhören, die u.a. verkündeten, dass die SED aufgelöst, er selbst abgesetzt, ein neuer eingesetzt und die Angestellten ab Vergütungsgruppe III ihrer »Posten enthoben« worden seien. Es wurden namentliche Vorschläge für die Zusammensetzung des Rates der Stadt Görlitz bekannt gegeben. Dieses Mal leitete die Kundgebung ein ehemaliger Verwaltungsangestellter des Rathauses. Er war vom Stadtkomitee bestimmt worden, eine neue Verwaltung in Görlitz aufzubauen. Es sprachen Vertreter aller Schichten der Bevölkerung, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Angehörige der Intelligenz, der Arbeiterschaft und ein Oberschüler. Sowohl in den Berichten von Zeitzeugen als auch der SED wurde eine Rede besonders hervorgehoben, nämlich die von Max Latt bzw. vom »alten Latt«.

Max Latt, der 1904 in die SPD eingetreten war, seit 1946 der SED angehörte und in ihren Reihen als »freier Redner« aufgetreten war, rief an diesem Nachmittag zur Neugründung der SPD auf. Er stellte sich den Versammelten zunächst als ehemaliger Sekretär des SPD-Unterbezirkes vor und berichtete aus seinem politischen Leben. Ein früher Chronist des Aufstandes, Stefan Brant, zitiert aus dieser Rede u.a. »Görlitzer, ich bin der alte Latt. Seit 1904 habe ich der Sozialdemokratie angehört. Drei Revolutionen hab ich nun in meinem Leben mitgemacht. Die von 1918, die

von 1945 und heute die Revolution vom 17. Juni 1953: Görlitzer, ich muss offen bekennen, das ist die größte Freude meines Lebens, dass ich diesen Tag erleben durfte. Acht Jahre lang waren wir gefesselt und geknebelt, acht Jahre lang durften wir nicht so sprechen, wie wir dachten. Nun ist alles vorbei. Die Stunde der Freiheit hat geschlagen ... Es lebe die Revolution von 1953.«¹⁰ Auch dieses Mal wurde die dritte Strophe des Deutschlandliedes angestimmt. SED-Berichterstatter bemerkten dazu: »Es wurde ein jammervoller Gesang«.

Wie lange die Nachmittagskundgebung dauerte, lässt sich nicht exakt rekonstruieren. Es war wie bei der ersten Kundgebung: Mehrere Male wurde das Ende angekündigt, danach die Diskussion immer wieder fortgesetzt, weil sich immer neue Redner meldeten. Überliefert ist auch, dass bereits während der Kundgebung sowjetische Militärfahrzeuge auf dem Platz auftauchten. Sie seien »mit lautem Geheul und Pfeifen begrüßt« worden. Bei diesen Fahrzeugen handelte es sich um Angehörige der Kommandantur. Die ersten militärischen Einheiten von außerhalb trafen gegen 16.15 Uhr in Görlitz ein, es waren KVP-Einheiten aus Löbau. Gegen 18 Uhr kam sowjetisches Militär in die Stadt. Bis zu diesem Zeitpunkt hielten sich noch Tausende von Demonstranten auf dem Obermarkt auf. Laut Polizeibericht hätten die »Freunde«, unterstützt durch die KVP, schließlich »alle Ansammlungen« in der Stadt zerstreut. Dabei hätten die Sowjets Warnschüsse, »sechs Feuerstöße«, abgegeben. In der Literatur ist darauf verwiesen, dass Görlitz »die nach Berlin massivste Truppenkonzentration« erlebte. Das ist offensichtlich nicht nur und nicht in erster Linie auf die Grenznähe zu Polen zurückzuführen. Sicherlich hing das auch mit dem Verlauf des Aufstandes in Görlitz zusammen. Und doch blieb Görlitz – im Vergleich beispielsweise zu Leipzig – ein Blutbad erspart. Es waren keine Toten und Schwerverletzten zu beklagen, sondern nur einige Leichtverletzte, vor allem unter den Angehörigen der »Sicherheitskräfte«.

Das ist zum einen dem umsichtigen Verhalten der Aufständischen unter Führung der überbetrieblichen Streikleitung und des Stadtkomitees zu verdanken, die sich um die friedliche und gewaltlose Veränderung der Verhältnisse bemühten. Auf dem bereits erwähnten Tonbandmitschnitt ist nachvollziehbar, dass mehrmals zu Ruhe und Ordnung aufgerufen wurde. Auch bestätigen Schilderungen von Zeitzeugen und interne Berichte der Volkspolizei, dass die verantwortlichen sowjetischen Militärs in Görlitz wie in Dresden ein Blutvergießen möglichst vermeiden wollten. Doch auch die Aufforderung des Ersten SED-Kreissekretärs der Stadt Görlitz an die Mitarbeiter des MfS, das Schießen einzustellen, ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, weil sie ganz offensichtlich dazu beigetragen hat, dass die

Bilanz des Aufstandes in Görlitz in Bezug auf die Opfer völlig anders ausfiel als in Leipzig.

Nach der endgültigen Niederschlagung des Aufstandes erhielten jene Funktionäre, die mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgegangen waren – in Leipzig sogar noch vor Verhängung des Ausnahmezustandes –, Lob und Anerkennung für »vorbildliches Verhalten bei der Niederschlagung des faschistischen Putsches«; dagegen bestrafte die SED-Führung »kapitulantenhaftes Verhalten vor dem Feind«. So wurde dem Görlitzer SED-Kreischef Weichold von seinen Stasi-Vernehmern u.a. vorgeworfen, sich zum »Sprecher der Provokateure« gemacht zu haben. Von seiner Partei in Gestalt der Bezirksparteikontrollkommission Dresden wurde er heftig attackiert, weil er die MfS-Mitarbeiter zur Beendigung des Widerstandes mit der Begründung aufgerufen hatte, dass Kinder und Jugendliche unter den Demonstranten waren. Der Sekretär für Propaganda und Agitation der SED-Bezirksleitung, der übrigens später selbst »partei-erzieherisch« diszipliniert wurde, beschimpfte ihn mit den Worten: »Du sagtest ... es waren Kinder und Jugendliche darunter. Das waren ja die Verbrecher. Ihr seid zu feige gewesen, einen Schuss loszulassen. Ein Schuss hätte vielleicht mehr gewirkt als alles andere.«¹¹ Der Zweite SED-Sekretär hielt dem Görlitzer Kreissekretär sogar ausdrücklich das »Beispiel Leipzig« vor: »In Leipzig sind nicht mehr als 25 Schüsse gefallen. Nicht mehr, aber mit Resultat«.

Tatsächlich hatte im Bezirk Leipzig – einschließlich Warnschüssen – allein die Volkspolizei 3200 Schuss aus Karabinern und Pistolen »auf die Provokateure und Angreifer« abgegeben. Und das ist die traurige Bilanz des Schusswaffeneinsatzes in Leipzig: Auf den Straßen der Messestadt starben nachweislich vier Demonstranten nach Schussverletzungen, davon wurden drei durch Kugeln der Polizei tödlich getroffen; einen jugendlichen Demonstranten haben die Sowjets erschossen, weil er einem sowjetischen Offizier die Bekanntmachung des Ausnahmebefehls ins »Gesicht schleuderte«. Außerdem sollen noch drei weitere junge Männer von den Sowjets standrechtlich erschossen worden sein – darüber wurden indes bisher keine Unterlagen gefunden. Die Leipziger Polizeiberichterstatter waren sich bereits damals einig, dass es in Leipzig im Vergleich zu anderen Städten der DDR besonders viele Verletzte und Tote gegeben hat.

Die Schilderungen von Zeitzeugen über den Verlauf des Nachmittags in Leipzig und die Fotos, die vom Leipziger Markt oder vor dem Hauptbahnhof gemacht wurden, zeigen, wie sich die Szene – im Vergleich zum Beginn des Tages – gewandelt hatte. Brennende Akten, der in Flammen aufgegangene Pavillon der Nationalen Front auf dem Leipziger Markt,

Der verletzte Görlitzer SED-Kreissekretär Weichold wird von zwei Arbeitern geführt.

Am Abend des 17. Juni 1953 haben sich sowjetische Panzer auf dem Leipziger Markt postiert.

prügelnde Polizisten, die Flucht ergreifende Menschen und sowjetisches Militär kündeten vom Ende der Hoffnung auf eine friedliche Revolution. Das Geschehen vor der Leipziger FDJ-Zentrale ist das wohl markanteste Beispiel für die veränderte Situation. Jugendliche Demonstranten, die die Ritterstraße in Richtung Markt verließen, kippten Autos um, demolierten Schaufensterscheiben und zündeten kurz vor 15 Uhr den Pavillon der Nationalen Front an. Diese Wandlung von einer friedlichen Protestbewegung in eine stärker durch Gewalt gekennzeichnete Szene hatte mehrere Ursachen. Im Verlauf des Tages beteiligten sich immer mehr Jugendliche an den Aufmärschen, unter denen nicht wenige waren, die Freude am Krawall erkennen ließen. Zeitzeugen berichteten, dass sich viele Arbeiter von den Schauplätzen des Protestes zurückzogen, wenn jugendlicher Überschwang zur Eskalation führte.

Doch das entscheidende Ereignis, das zum Wandel des Aufstandes in Leipzig führte, war ganz offensichtlich die Tatsache, dass der junge Leip-

ziger Dieter Teich – unter den Augen von Tausenden Demonstranten von Polizeikugeln tödlich getroffen wurde, noch bevor der Ausnahmezustand verhängt war. Das steigerte die Wut der Massen und machte andererseits auch deutlich, dass sich die anfängliche Hoffnung auf eine friedliche Überwindung der SED-Diktatur nicht erfüllen würde. Als dann der sowjetische Militärkommandant mit dem Ausnahmezustand das Demonstrationsverbot aussprach, wandelte sich die Situation in Leipzig endgültig. Jetzt beherrschten in der Mehrzahl Jugendliche die Szene auf den Straßen und Plätzen, weil sich die Arbeiter inzwischen zurückgezogen hatten. Letztere setzten zwar am nächsten Tag ihren Streik fort, doch sie distanzierten sich auch eindeutig von Gewaltszenen und Rowdytum, wohl wissend, dass Derartiges gegen sie verwendet würde. In Leipzig gewann die Streikbewegung nach der Verhängung des Kriegsrechts noch an Umfang. Das zeigt doch, dass der Aufstand nicht automatisch mit Beginn des Ausnahmezustandes erschöpft war, wie teilweise in der Literatur behauptet wird.

Wie die Schilderung der Ereignisse in den beiden sächsischen Städten Leipzig und Görlitz deutlich macht, war der Aufstand nicht organisiert und nicht vorbereitet und schon gar nicht von »faschistischen Provokateuren« getragen. Die in allen Städten fast gleich lautenden Forderungen und ähnlich ablaufenden Procedere ergaben sich daraus, dass im zentralistisch organisierten und strukturierten Staat im Frühjahr 1953 überall die gleichen Konflikte im Zusammenhang mit den sich verschlechternden materiellen Lebensverhältnissen und den politischen Rahmenbedingungen anzutreffen waren.

Der Aufstand in Leipzig und Görlitz – Versuch eines Resümees

Leipzig und Görlitz gehörten am 17. Juni 1953 zweifellos zu den Schwerpunkten des Aufstandes nicht nur in Sachsen, sondern in der gesamten DDR. Es gab viele Gemeinsamkeiten im Ablauf des Aufstandes, aber auch bedeutsame Unterschiede.

In Görlitz und Leipzig war am frühen Nachmittag, zum Ende der Frühlingschicht, annähernd die gleiche Anzahl von Menschen auf den Straßen und Plätzen unterwegs. Zeitgenössische Angaben gehen von ca. 30.000 bis 40.000 aus. Somit verzeichnete Görlitz (100.000 Einwohner) gemessen an der Einwohnerzahl gegenüber Leipzig (600.000 Einwohner) eine sechsmal stärkere Beteiligung am Aufstand. Streikende zogen bereits in den Vormittagsstunden in die Zentren der Städte, in Görlitz zum Leninplatz (jetzt wieder Obermarkt) und in Leipzig zum Karl-Marx-Platz (jetzt wie-

der Augustusplatz), um die Proteste in die Öffentlichkeit zu tragen. Dabei kam es zu spontanen Kundgebungen unterschiedlicher Größe. Während in Görlitz am Mittag eine erste zentrale Kundgebung stattfand, die erheblichen Einfluss auf den weiteren Ablauf und den Charakter des Aufstandes in dieser Stadt haben sollte, entwickelte sich in der Messestadt kein vergleichbarer Höhepunkt. Die dafür notwendige übergreifende Koordination und Organisation durch ein überbetriebliches Streikkomitee, wie in Görlitz nachweisbar, fehlte in Leipzig.

In Görlitz und Leipzig begannen Belegschaften der größten und wichtigsten Betriebe, gewissermaßen sozialistische Vorzeigebetriebe, etwa zur gleichen Zeit, zu Beginn der Frühschicht, mit Arbeitsniederlegungen. Diese Betriebe waren so genannte Schwerpunktbetriebe des ersten Fünfjahresplans. Sie produzierten zum großen Teil für sowjetische Reparationen bzw. waren – so in Leipzig – als SAG-Betriebe noch sowjetisches Eigentum. Ihre Belegschaften waren, im Vergleich zum DDR-Durchschnittsverdiener, materiell besser gestellt, sie genossen auch weitere soziale Vorteile wie Betriebskindergärten und -verkaufsstellen. In diesen Betrieben waren ca. zehn Prozent der Belegschaft in der SED organisiert, an der Spitze der SED-Betriebsparteiorganisation stand ein hauptamtlicher Parteisekretär. Im Vorfeld des Juni-Aufstandes waren einige dieser Vorzeigebetriebe im sozialistischen Wettbewerb und in der Bewegung der »freiwilligen« Normenerhöhung mit Sonderprämien und Ehrenbannern ausgezeichnet und in der SED-Presse gefeiert worden. Die SED-Kreisleitungen stützten sich bei ihren »Einschätzungen der Massenstimmung« auf deren Belegschaften. Doch gerade die erhoben sich zuerst gegen die Führungsriege der SED. Und das wiederum sollte nicht ohne Einfluss auf das Ausmaß der Proteste in beiden Städten bleiben.

In beiden Städten trugen die Streikenden die Proteste relativ frühzeitig auf die Straße, marschierten in die Zentren und forderten auf ihrem Weg weitere Belegschaften zum Streik bzw. Einwohner zum Mitmarschieren auf. In Görlitz waren die Wege in die Innenstadt kürzer als in der Messestadt. In Leipzig kamen die Demonstranten aus verschiedenen Richtungen der Stadt, aber auch aus den Vororten ins Zentrum. Auch ähnelte sich die Situation in Leipzig und Görlitz dadurch, dass sehr früh politische *und* soziale Forderungen gestellt wurden. Bereits am Vormittag waren eiligst angefertigte Plakate und Losungen mit Forderungen nach »Rücktritt der Regierung«, »Weg mit Ulbricht« in den Stadtbildern von Görlitz und Leipzig zu bestaunen.

Die Teilnahme vieler Betriebe an den Arbeitsniederlegungen, am 17. Juni waren es in Leipzig 81 und in Görlitz 39, bildete den Ausgangspunkt für die

Entstehung einer beeindruckenden Szene auch auf den Straßen und Plätzen beider Städte. Während in Görlitz der Großteil der Streikenden – es ist von 80 Prozent die Rede – auch an der Demonstration und der Kundgebung teilnahmen, wird von Leipzig berichtet, dass nur eine Minderheit der streikenden Arbeiter auch mit in die Innenstadt marschiert sei. Viele Streikende blieben in Leipzig in den Betrieben, um zu diskutieren, andere gingen nach Hause, um den weiteren Fortgang abzuwarten. Vielleicht scheuten auch viele Leipziger den doch recht anstrengenden Marsch in die Innenstadt, zumal sie ja darauf nicht vorbereitet waren. Überdies war sowohl in Leipzig als auch in Görlitz der Anteil Jugendlicher an den öffentlichen Protesten hoch, er betrug knapp die Hälfte der Demonstranten.

Deutliche Unterschiede zeigten sich in der Entschiedenheit, mit der die Protagonisten des 17. Juni darangingen, die politische Macht vor Ort zu übernehmen. Während in Leipzig »lediglich« öffentliche Gebäude – als Symbole der Macht – angegriffen, gestürmt und vorübergehend auch besetzt wurden, setzten die Görlitzer bereits um die Mittagszeit ihren Oberbürgermeister ab und bereiteten innerhalb weniger Stunden die geordnete Machtübernahme, einschließlich der Vorbereitungen zur Wahl eines neuen Stadtoberhauptes und einer neuen Stadtverordnetenversammlung vor. Sie hatten sogar eine mit Armbinden gekennzeichnete, unbewaffnete Polizeitruppe zusammengestellt, um Ruhe und Ordnung zu sichern und die Stadt vor Plünderungen und sinnlosen Zerstörungen zu bewahren. Die SED-Bezirksleitung Dresden diffamierte diese Art Ordnungstruppe später als »faschistische Heimwehr«.

In beiden Orten versuchten die Stadtoberhäupter und andere SED-Funktionäre, mit Parteiauftrag vergattert, zu Beginn der öffentlichen Proteste mit »ihren Bürgern« zu diskutieren, um sie wieder zurück in die Betriebe und auf die Baustellen zu bringen. Sie waren insofern in keiner beneidenswerten Situation, da sie selbst nicht so recht wussten, was sich am Vortag in Ost-Berlin Außergewöhnliches ereignet hatte, worüber sie nun Auskunft geben sollten. Ihre »Argumente« zum versprochenen »Neuen Kurs« überzeugten nicht, sie gossen nur noch »Öl ins Feuer«. Die Bürgermeister beider Städte wurden später von »ihrer« Partei kritisiert, aber nicht deshalb, weil sie nicht überzeugen konnten, sondern dafür, dass sie in den entscheidenden Stunden nicht ihr Rathaus gesichert, sondern aus »falschem Heldentum« sich mit den so genannten »Provokateuren« eingelassen hätten. Der Görlitzer Oberbürgermeister wurde später sogar abgelöst, weil er an diesem 17. Juni 1953, als die Stadt bereits in den Händen der Demonstranten war, ein amtliches Dokument, versehen mit seiner Unterschrift, ausgestellt hatte, das die unblutige Befreiung der politischen

Häftlinge ermöglichte. Ebenso erging es dem SED-Chef der Stadt, weil er der Kreisdienststelle des MfS befohlen hatte, nicht auf Demonstranten zu schießen.

Viel ist über den »Lernschock« geschrieben worden, den der 17. Juni 1953 sowohl für die Herrschenden wie für die Beherrschten mit sich brachte. Jene, die sich in Leipzig oder Görlitz während des Aufstandes hervorgetan hatten, wurden in den Wochen und Monaten darauf erbittert verfolgt. Zwei Schicksale aus beiden Städten werden stellvertretend an anderer Stelle dieses Bandes porträtiert. Wie viele Männer und Frauen in Leipzig und Görlitz während und nach dem Aufstand verhaftet wurden, ist den Akten nicht zu entnehmen. Im gesamten Bezirk Leipzig wurden bis zum 3. September 1953 insgesamt 998 Personen im Zusammenhang mit dem 17. Juni festgenommen. Über die Hälfte der »Zugeführten« war zu diesem Zeitpunkt bereits wieder entlassen worden. Die Gerichte hatten bis dato 158 Personen abgeurteilt und nur vier freigesprochen. In Görlitz wurden zwei junge Männer am 19. Juni 1953 von einem SMT zum Tode verurteilt, doch hat man sie, im Gegensatz zu den meisten anderen in der DDR zum Tode Verurteilten, nicht erschossen, sondern zu 25 bzw. 20 Jahren Arbeitslager »begnadigt«. Im Bezirk Dresden, zu dem Görlitz gehörte, hatte die Staatsanwaltschaft bis zum 23. Juli gegen 173 Personen Anklage erhoben. 107 Angeklagte waren zu Freiheitsstrafen verurteilt worden, darunter sieben zu Zuchthausstrafen von 10 bis 15 Jahren, von denen vier aus der Stadt und dem Kreis Görlitz stammten. zwölf Menschen verloren während oder nach den Aufständen ihr Leben: sei es im Kugelhagel oder bei der Vollstreckung ihrer Todesurteile.

Doch die Bilanz des 17. Juni 1953 reicht über diese menschlichen Tragödien hinaus: Der Aufstand hatte die Überwindung der zweiten deutschen Diktatur zum Ziel. Fast vier Jahrzehnte sollten vergehen, bis die Kinder- und Enkelgeneration der Juniaufständischen im neuen Anlauf dieses Ziel erreichten. So muss der 17. Juni 1953 nicht nur in Sachsen, auf dem Gebiet der einstigen DDR, sondern in ganz Deutschland als Ereignis erinnert werden, das für Freiheitswillen und Zivilcourage steht.

1 Lexikon A-Z in einem Band. Leipzig 1953, S. 587, S. 1027.

2 BV für Staatssicherheit Leipzig, Betr.: Ifa-Getriebe-Werk Liebertwolkwitz, vom 19.6.53: BStU, Ast. Leipzig, Leitung, 252, Bl. 5.

3 VPKA Leipzig, Einsatzleitung, Betr.: Ereignismeldung sowie Auswertung derselben vom 17. u. 18.6.1953: Stadtarchiv Leipzig (STAL), BDVP, 24/246, Bl. 66.

- 4 BDVP Leipzig, Einsatzleitung, An die HVDVP – Operativstab – Berlin, Spitzenmeldung, o. D.: STAL, BDVP, 24/42, Bl. 344.
- 5 Einsatzleitung, Aktennotiz vom 17.6.1953: BStU, Ast. Leipzig, Leitung, 240/03, Bl. 40.
- 6 Liste der Rädelsführer, die durch besondere Aktivität aufgefallen sind, o. D.: Stadtarchiv Görlitz, OBM, 170 006, Bd. 1, Bl. 51f.
- 7 VPKA Görlitz, Amtsleiter, Betr.: Verschärfung des Klassenkampfes im Bereich des VPKA Görlitz, 29.1.1953: Sächsisches Hauptstaatsarchiv (SächsHStA), BDVP Dresden, 23/186.
- 8 Ebd.
- 9 SED-Kreisleitung Görlitz: SächsHStA, SED IV/4.06.435, Bd. 1
- 10 Brant, Stefan: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953 in der DDR. Unter Mitarbeit von Klaus Bölling. Stuttgart 1954, S. 227.
- 11 SED-BL Dresden, Angelegenheit des Gen. Weichold, o. D.: SächsHStA, SED IV/2/4/060, Bl. 156.

Ulrich Mählert (Hg.)

Der 17. Juni 1953

Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8012-4133-5

Copyright © 2003 by
Verlag J.H.W.Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn
Satz: Petra Strauch, Bonn
Lektorat: Günter Hertel
Umschlaggestaltung: Daniela Müller, Bonn, unter Verwendung eines Fotos aus dem
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck und Verarbeitung: WB-Druck, Rieden
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

Inhalt

7 **Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes**

Ulrich Mähler

I Der Aufstand in den Regionen

36 **Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests**

Stefan Wolle

57 **Potsdam: Im Schatten der Hauptstadt?**

Traditionen, Brüche und Konflikte

Burghard Ciesla

77 **Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos**

Heidi Roth

109 **Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand**

Heinz Voigt

133 **Bezirk Halle: Aufruhr im »blutroten Herzen Deutschlands«**

Udo Grashoff

157 **Rostock: Erhebung an der Küste**

Klaus Schwabe

II Menschen machen Geschichte

174 **Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR**

Friedhelm Boll

199 **Richard Haider – Ein Leipziger Sozialdemokrat**

Zusammengestellt von Heidi Roth

- 205 **Stefan Weingärtner – Ein jugendlicher »Provokateur«**
Zusammengestellt von Heidi Roth
- 209 **Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks**
Zusammengestellt von Heinz Voigt
- 215 **Paul Othma – Ein Streikführer in Bitterfeld**
Zusammengestellt von Udo Grashoff
- 219 **Robert Dahlem – Wider die eigene Partei**
Zusammengestellt von Klaus Schwabe
- 225 **»Der 16. Juni 1953 bleibt mir unvergesslich« –
Ein Augenzeugenbericht**
Peter Bruhn

III Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- 252 **Die »Verarbeitung« des 17. Juni 1953 in der DDR
und der Bundesrepublik**
Bernd Faulenbach
- 273 **Weiterführende Literatur**
- 277 **Bildnachweis**
- 278 **Über die Autoren**